

Unser Werkblatt

Werkblatt von und für Universitäts-Beschäftigte
- Ausgabe Nr. 21 - 14. Juli 2011 -



Ihre Schulden - Unser Kampf

Europa hat ein Schuldenproblem.

Am Bekanntesten ist sicher Griechenland. Das hat mittlerweile so viele Schulden, dass selbst optimistische Schätzungen davon ausgehen, dass sie niemals vollständig zurückgezahlt werden können.

Doch es gibt weit mehr Betroffene: Irland, Italien, Portugal und Spanien gehören dazu. Spätestens wenn eines dieser Länder finanziell zusammenbricht, wird das auch deutliche Auswirkungen auf den Rest der Europäischen Union haben. Wenn wir wissen wollen, was in den nächsten Jahren auf uns in Deutschland zukommen könnte, sollten wir deswegen einen genaueren Blick auf Griechenland werfen.

Wer profitiert?

Seit über einem Jahr ist in vielen Medien vor allem eins zu hören: Die „Pleite-Griechen“ seien an ihrer Situation selbst schuld. Ebenso wie die restlichen „faulen Südländer“. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten und jetzt andere europäische Länder dafür aufkommen müssten. Doch das ist gleich eine mehrfache Verdrehung der Tatsachen.

Erstens haben die griechischen ArbeiterInnen wohl kaum über ihre Verhältnisse gelebt. Die Löhne und Renten waren dort auch vor der Krise geringer als in Deutschland – die Preise sind allerdings ähnlich hoch.

Zweitens hat sich zwar der griechische Staat massiv verschuldet – aber es waren Unternehmen und Banken aus Ländern wie Deutschland, England und Frankreich, die davon profitiert haben. Diese beziehen ihre Gewinne zu großen Teilen aus Verkäufen in die (wirtschaftlich) schwächeren Länder

der EU. Das trifft natürlich gerade für den „Export-Weltmeister“ Deutschland zu, der 60% seiner Waren innerhalb der Europäischen Union absetzt.

Heute wird Griechenland beschuldigt, es hätte in früheren Jahren seinen Schuldenberg verheimlicht. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die führenden EU-Staaten angesichts lukrativer Geschäfte gern ein Auge zugedrückt haben.

Drittens hatte Griechenland einen Großteil seiner Schulden bei ausländischen Banken. Diese haben damit nicht nur an der Verschuldung verdient. Sie sind es auch, an die jetzt das Geld aus den „Hilfszahlungen“ fließt.

Die Unterstützung für Griechenland hat also nichts mit selbstloser Solidarität zu tun. Stattdessen stehen die **Interessen der eigenen Banken und Konzerne** immer an erster Stelle. Das wird auch am Militärhaushalt Griechenlands deutlich: Die Ausgaben für Waffen, Fahrzeuge und die Verwaltung der Armee machen nämlich den größten Einzel-Posten der gesamten Staatsausgaben aus und werden trotzdem nicht gekürzt. Im Gegenteil – Deutschland besteht darauf, dass Griechenland weiterhin Millionenbeträge für **Rüstungsgüter „made in germany“** ausgibt.

Und wer zahlt?

Gleichzeitig werden den GriechInnen heftige Sparmaßnahmen als „einzige vernünftige Lösung“ aufgezwungen. Dazu gehören **Lohnkürzungen und Entlassungen**, sowie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 23%. Man muss jedoch kein Wirtschaftsexperte sein, um zu merken, dass höhere Arbeitslosigkeit und die Verarmung eines

großen Teils der Bevölkerung kaum eine Lösung sein können. Entsprechend stark ist auch der Widerstand, der sich in Massendemonstrationen und Generalstreiks äußert.



Eine bessere Lösung

In Deutschland ist es derzeit noch ruhig. Aber auch hier wird laut darüber nachgedacht, Staatsausgaben massiv zu kürzen und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Spätestens, **wenn die Schuldenkrise sich ausweitet**, werden deutsche Konzerne ihre Profite bedroht sehen und versuchen, diese durch Kürzung von Löhnen und Entlassungen zu retten.

Anstatt den Behauptungen der Konzern-Medien auf den Leim zu gehen, und über die „faulen Südeuropäer“ zu meckern, sollten wir uns also ein Beispiel an den radikalen Protesten in Griechenland oder auch an der Massenbewegung in Spanien nehmen.

Sie zeigen, dass Widerstand gegen die Angriffe der Herrschenden möglich ist. Nicht die ArbeiterInnen anderer Länder sind es, die unseren Lebensstandard bedrohen, sondern die Profitinteressen europäischer Konzerne – egal, ob aus Griechenland, Deutschland, Spanien oder Frankreich.

Uns dem Kampf gegen diese anzuschließen wäre nicht nur echte Solidarität – es wäre auch in unserem eigenen Interesse.

Emanzipation geht anders...

Es ist Fußball-WM der Frauen. Das heißt Fernsehen, Profite und neuerdings auch „Emanzipation“. Man nennt es heute tatsächlich Gleichbehandlung, „den Frauen“ bei „ihrem Sport“ zuzusehen.

Es ist immer das Selbe: Natürlich dürfen Frauen arbeiten; für **30% weniger Lohn**. Natürlich dürfen sie ihre Arbeit wählen: kochen, pflegen oder putzen. Aufstiegschancen gibt es auch: Bis in die Chef-Etage der größten Unternehmen...dürfen sie als **Sekretärin** jobben.

Auch im Sport haben sie ihre Sparte. „Aber das ist doch biologisch bedingt.“ Nun, die Biologie sieht das anders: Der Wissenschaft ist kein „schwaches Geschlecht“ bekannt. Woher dann die Vorurteile?

Die niedrigen Löhne der Frauen sind profitabel. Löhne der Männer kann man damit auch drücken. Und dass Frauen „im Schutz des Heims“ kostenlos Kind und Mann versorgen, erspart dem Staat öffentliche Einrichtungen.

So ein Mechanismus muss natürlich in der Kultur aufrecht erhalten werden: Also konstruiert man beim Sport Mann und Frau als „stark und schwach“.

Das erklärt zumindest, warum die Geschlechterteilung bei manchen Disziplinen erst eingeführt wurde, als eine Frau den Titel errang...

Trickkiste: Atomausstieg

Am 8. Juli wurde das neue Gesetz zum „Atomausstieg“ in Deutschland beschlossen. 2022 soll das letzte AKW vom Netz. Die Bundesregierung bezeichnet dies als ihr eigenes Projekt. Dabei hat sie sich in dieser Frage nur bewegt, weil es massive Proteste gegen ihre Energiepolitik gab!

Außerdem ist das Gesetz eher eine Mogelpackung: Bis zum vorgesehenen Ausstieg sind es noch 11 Jahre, in denen er wieder zurückgenommen werden könnte und in denen weiterhin Unfälle in Atomkraftwerken passieren können.

Bisher hat die Atomkraft den großen Energiekonzernen riesige Profite gebracht. Jetzt sollen sie auch noch vom Ausstieg profitieren. Für die Abschaltung

und Entsorgung ihrer Kraftwerke sollen sie nicht selbst aufkommen, sondern sogar Entschädigungen vom Staat erhalten.



Demokratische Panzer

Seit Monaten bewegt sich was im arabischen Raum und die Zeitungen sind voll davon. Es heißt, „europäische Freiheit“ fände nun auch im Süden Gehör. Eines findet dort sicherlich Gehör: Die **Donnerschläge deutscher Waffen**.

Im Bundestag debattiert man über Waffenverkäufe an Saudi-Arabien. 44 Leopard-Panzer hat man schon „exportiert“, 200 sollen folgen.

Dass die saudischen Scheichs Menschenrechte mit Füßen treten, interessiert nicht. Wo Öl fließt, versickert europäische Kritik.

Einen Widerspruch zwischen der Lobpreisung der Demokratiebewegungen und der Bewaffnung der UnterdrückterInnen sieht das Parlament nicht. Vielleicht ist man von SPD bis CDU zu sehr mit Geldzählen beschäftigt. **Parteispenden von 600.000 Euro** müssen ja noch verrechnet werden. Von wem eigentlich? Ach ja, von der deutschen Kriegsindustrie...

„UNSER WERKBLATT“ wird von RIO herausgegeben.

Wir sind eine Gruppe, die seit den letzten Bildungsprotesten zu den Beschäftigten und Studierenden der Universitäten geht. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich

RIO Revolutionäre
Internationalistische
Organisation

☒ BERLINER WAHLEN

Im September wird in Berlin gewählt. Fünf große Parteien (SPD, Linkspartei, Grüne, CDU und FDP) wollen Deine Stimme haben. In jeder Ausgabe des Werkblatts werden wir uns mit einer dieser Parteien auseinandersetzen.

ChristlichDemokratischeUnion

Die CDU meint, wir sollten sie wählen, „damit sich was verändert“. Vieles in dieser Stadt müsste verändert werden. Aber was für Änderungen will die CDU? Ihr Spitzenkandidat **Frank Henkel** sagt, Berlin sei ähnlich verschuldet wie Griechenland. Und wir wissen, welche Rezepte die CDU für Griechenland vorschlägt: **massive Kürzungen** bei Beschäftigten und RentnerInnen.

Auch wenn sie sich eine Volkspartei nennt, ist die CDU in Berlin seit 2001 eine Splitterpartei. Damals musste der CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen seinen Hut nehmen. Er und seine ParteifreundInnen hatten bei der Berliner Landesbank **Milliarden verspekuliert**. Die Kosten des Berliner Bankenskandals zahlen wir alle – bis heute.

Spekulation und Sparpakete. Danke, aber von solchen „Veränderungen“ haben wir Beschäftigten schon genug!

für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst Du das unterstützen? Hast Du ein Problem im Betrieb, das Dich schon lange genervt hat? Wende Dich an uns: Entweder direkt an eine/n der FlugblattverteilerInnen oder per Email oder Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch anonym.

Kontakt:

info@revolution.de.com